

AZAV (Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung)

Angesichts des Fachkräftemangels in Pflege und Erziehung wollen das Kultusministerium, das Sozialministerium und die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit mehr Menschen als bisher für eine Umschulung in diesen Bereichen gewinnen.

Deshalb wurde vereinbart, dass die Bundesagentur für Arbeit in den Schuljahren 2013/14 und 2014/15 erstmals die Kosten für entsprechende Umschulungen an den staatlichen beruflichen Schulen im Land übernimmt. Bislang mussten Umschülerinnen und Umschüler diese Bildungsmaßnahme aus eigener Tasche bezahlen.

„Wir setzen ein deutliches Zeichen gegen den Fachkräftemangel in Pflege und Erziehung und eröffnen mehr Menschen als bisher eine Perspektive in krisensicheren Berufen“
(Marion v. Wartenberg, Staatssekretärin im Kultusministerium, Jürgen Lämmle, Amtschef im Sozialministerium, Eva Stobel, Leiterin der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit Ba.-Württm.)

Voraussetzung für diese Förderung ist eine Zertifizierung der Schulen. Aufgrund rechtlicher Regelungen im Sozialgesetzbuch III war es der Bundesagentur für Arbeit in Baden-Württemberg bislang nicht möglich, entsprechende Umschulungen im Land zu finanzieren. Erlaubt war eine Förderung nur dann, wenn der Schulträger nach der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Jahr 2012 erlassenen Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) zertifiziert war. Der Vereinbarung vorausgegangen war deshalb die Zusage des Landes, die Zertifizierung der öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg in den beiden kommenden Schuljahren zunächst zu erproben. Ziel ist, möglichst alle öffentlichen Schulen, an denen Umschulungen im Pflege- und Erziehungsbereich möglich sind, entsprechend bundesrechtlicher Vorgaben zertifizieren zu lassen.

An der Fritz-Ruoff-Schule gilt diese Zertifizierung vorerst ausschließlich für den Pflegebereich. Dadurch ist es jetzt möglich, dass die Ausbildung der Umschüler/innen ab dem September 2014 in den Schularten der Pflegeabteilung gefördert werden können.